



Protokoll der 8. Sitzung
des 48. Studierendenparlaments
am 20. Mai 2015

(0. Revision)

Inhalt

Anwesenheitsliste.....	I
TOP 1: Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	2
TOP 2: Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung	2
TOP 3: Festlegung der Tagesordnung	2
TOP 4: Bericht der SP-Sprecher und Anfragen	2
TOP 5: Bericht des AStA und Anfragen	3
TOP 6: Bericht aus den Gremien.....	5
TOP 7: Bericht des AkaFö-Verwaltungsrates	6
TOP 8: Umbesetzung von Ausschüssen	7
TOP 9: Antrag zur Durchführung einer Urabstimmung	7
TOP 10: Antrag zur Schaffung einer Datenschutzstelle.....	7
TOP 11: Ausgrenzende Gruppen auf dem Campus	10
TOP 12: Beschluss zur Konstituierung eines Satzungsausschusses und Wahl der Mitglieder.....	14
TOP 13: Grundsatzdebatte Satzungsreform	15
TOP 14: Studierendenbeitragsmittel gehören den Studierenden	15
TOP 15: Verschiedenes.....	15

Anwesenheitsliste

Nachname	Vorname	Liste	Anmerkungen
Adolphs	Madita	KLIB	anwesend
Welz	Ramona Denise	B.I.E.R.	
Towara	Tino	B.I.E.R.	
Müller	Rike	LiLi	anwesend
Balandis	Oswald	LiLi	anwesend
Engintepe	Sema	LiLi	Viktoria Niebel
Nickel	Felix	LiLi	
Liang	Pan	LiLi	Patrick Lazar
Aydogdu	Emel	LiLi	anwesend
Pennekamp	Franziska	GHG	anwesend
Schmitz	Leon	GHG	Sebastian Pewny
Vosen	Patrick	GHG	
Inak	Erkan	GHG	anwesend
Stieldorf	Linus Kester	JuLis	anwesend
ElOuasdi	Ilias	IL	
Yasin	Dilan	IL	Nur Demir
Wilken	Martin	NAWI	Anwesend
Bernhardt	Rebecca	NAWI	Christian Volmering
Schmidt	David Franz	NAWI	Anwesend
Maduakor	Felix	NAWI	Christian Grabowski
Neubauer	Felix	NAWI	
Schütz	Susanne	NAWI	anwesend
Hippert	Charlotte	NAWI	Marius Garnhatner
Halsch	Ramona	NAWI	
Schmidt	Felix	NAWI	anwesend
Krüger	Philipp	NAWI	
Stallmeier	Marileen	NAWI	Justin Nietballer
Greger	Daniel	GEWI	Anwesend
Brüggemann	Matthias	GEWI	Anwesend
FAStAbend	Moritz	Juso-HSG	Simon Gutleben
Borsch	Lena	Juso-HSG	Anwesend
Glanemann	Linus	Juso-HSG	Fatima Azroufi
Joswig	Felix Pascal	Juso-HSG	Anwesend
Alp	Enes	Juso-HSG	Simon Joshua Paul
Michels	Arne	ReWi	Anwesend
Janik	Julia	FSVK	Anwesend
Krümmel	Pascal	FSVK	Anwesend
Weinekötter	Elena	FSVK	

1 **TOP 1: Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

2 Arne (SP-Sprecher, REWI) eröffnet die Sitzung um 16:15 Uhr. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3 **TOP 2: Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung**

4 Das Protokoll der vierten Sitzung wird bei neun Enthaltungen einstimmig angenommen.

5 Das Protokoll der fünften Sitzung wird bei neun Enthaltungen einstimmig angenommen.

6 Das Protokoll der sechsten Sitzung wird bei neun Enthaltungen einstimmig angenommen.

7 Das Protokoll der siebten Sitzung wird bei neun Enthaltungen einstimmig angenommen.

8 **TOP 3: Festlegung der Tagesordnung**

9 Arne (SP-Sprecher, REWI) weist den Antrag der GHG zu Burschenschaften aus inhaltlichen Gründen
10 formal zurück. Er begründet, dass laut §2 der Satzung der Studierendenschaft Personen nicht aufgrund
11 der ausschließlichen Zugehörigkeit zu Gruppen diskriminiert werden dürfen. Insbesondere der Passus
12 zur Zugehörigkeit zu Verbindungen ist hier ein Problem.

13 Patrick (GHG) erklärt, die GHG möchte einen TOP zu dem Thema aufrechterhalten.

14 Linus (Julis) erklärt, er wundere sich, dass die GHG glaube sie habe ein besseres Rechtsverständnis als
15 das BVG Dummheit könne man nicht verbieten.

16 Der TOP wird als neuer TOP 11 Ausgrenzende Gruppen auf dem Campus aufgenommen. Die anderen
17 TOP verschieben sich entsprechend.

18 Oswald beantragt den TOP Umbesetzung von Ausschüssen.

19 Der TOP wird als neuen TOP 8 aufgenommen. Die anderen TOP verschieben sich entsprechend.

20 TOP 11 wird als Beschluss zur Konstituierung eines Satzungsausschusses und Wahl der Mitglieder neu
21 gefasst.

22 **Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.**

23 **TOP 4: Bericht der SP-Sprecher und Anfragen**

24 Arne (SP-Sprecher, REWI) berichtet:

- 25 • Der Austausch mit den Tunesischen Studierenden könne nicht wie geplant stattfinden. Die
26 Einladung an die Studierendenschaft von tunesischer Seite werde jedoch aufrechterhalten.
- 27 • Weiterhin wird noch eine weitere Fahrt nach Tunesien angeboten werden. Hier liegen noch
28 keine näheren Informationen vor.

- 1 • Auch eine Fahrt zu einem Peace Camp wird angeboten werden.
- 2 • Der angekündigte Kustausschuss wird später konstituiert werden.
- 3 • Da im SSC nach 18 Uhr nicht gesichert hochschulöffentlich getagt werden könne, werden die
- 4 Räume in Zukunft wieder zwischen Gebäuden changieren.
- 5 • Es solle vor dem Beschluss der Satzung der Studierendenschaft eine hochschulöffentliche
- 6 Informationsveranstaltung für alle Studierenden stattfinden.

7 **Anfragen:**

8 Auf Nachfrage von Madita (KLIB) erklärt Arne (SP-Sprecher, REWI), dass Informationen zum
9 Kunstausschuss in Zukunft an den AStA-Vorsitzenden weitergeleitet werden sollen.

10 Auf Nachfragen von Jorret (KLIB) erklärt Arne (SP-Sprecher, REWI), dass der Haushalt noch nicht
11 genehmigt sei und deswegen noch nicht auf der StuPa Homepage auftauche.

12 Auf Nachfrage von Madita (KLIB) erklärt Pascal (stellv. SP-Sprecher, Jusos), dass er alle Berichte die er
13 erhalte unmittelbar in die Protokolle einfüge.

14 **TOP 5: Bericht des AStA und Anfragen**

15 David (AStA-Vorsitzender, NAWI) berichtet unter Ausschluss der Öffentlichkeit, das das OVG die
16 Berufung im Verfahren Ferber, Bullerjahn zugelassen habe.

17 Im Bezug auf die Tanzkreise könne ebenfalls unter Ausschluss der Öffentlichkeit er mitteilen, dass nach
18 momentanem Stand kein Arbeitsvertrag geschlossen werden könne.

19 *Blaupause Kostenkalkulation stehe, Eis, auch veganes, suche noch Aushilfen. Gespräch bezüglich Flüchtlinge mit*
20 *MdL und Rektorat, Flüchtlingshilfe unterstützen, Sportangebote und Kulturangebote schaffen. Mit Hochschule*
21 *Bochum Kooperation bezüglich AStA-Lebensberatung angestoßen. Campusfest keine Rückmeldung vom*
22 *Rektorat. Homepage wird aktuell überarbeitet. VRR Informationen zu Vertrag wird kommen. Kunstausschuss.*

23 **Anfragen:**

24 Arne (SP-Sprecher, REWI) sagt, es gebe vielerorts sogenanntes Flüchtlingstheater. Dort spielen
25 Geflüchtete u.a. ihren Weg nach. Wolle der AStA dies eventuell anstoßen?

26 David (AStA-Vorsitzender, NAWI) könne sich das vorstellen.

27 Arne (SP-Sprecher, REWI) fragt ob der AStA die Homepage auch inhaltlich aktualisieren wolle.

28 David (AStA-Vorsitzender, NAWI) sei da dran.

29 Linus (Julis) erinnert an die Debatte zur Blaupause. Da war es schwierig überhaupt HoPo Listen
30 zuzulassen. Jetzt gebe es etwa fünf Informationsstände der SPD und auch von CDU und Grünen. Das
31 passe nur schwer zusammen.

32 David (AStA-Vorsitzender, NAWI) erklärt, das habe man auch schon angesprochen. Es handele sich
33 dabei ausschließlich um passive Veranstaltungen welche wohl laut Streckenordnung zugelassen seien.

1 Madita (KLIB) fragt nach der Antragsstellung von Fachschaften an die FSVK und ob das innerhalb von
2 14 Tagen mit Weiterleitung an den AStA überhaupt klappe.

3 David (AStA-Vorsitzender, NAWI) erklärt es gab da Probleme aber die seien behoben.

4 Madita (KLIB) erklärt, dass es nun die Initiative Bunt statt Grau gebe und ob die nach der Blaupause
5 noch weiter machen wollen.

6 David (AStA-Vorsitzender, NAWI) erklärt, er glaube dass die auch noch weiter, machen wollen.

7 Patrick (GHG) sagt man finde die Kontaktdaten des AStA sehr schlecht, da die Homepage nicht
8 aktualisiert sei. Er regt sich darüber auf und bezweifelt, dass das Ideal Transparenz im AStA noch
9 aufrechterhalten werde.

10 David (AStA-Vorsitzender, NAWI) sagt man werde das verbessern.

11 Sebastian (GHG) wundere sich, dass jetzt hinten herum Parteien bei der Blaupause doch präsentiert
12 werden dürften. Das aktuelle Handeln widerspreche der Darstellung von Herrn Daas aus November
13 2014 und der Strecken Ordnung. Könne man diese Streckenordnung überhaupt noch ernst nehmen? Er
14 bitte das nochmal anzusprechen.

15 David (AStA-Vorsitzender, NAWI) werde das morgen ansprechen.

16 Madita (KLIB) fragt wie lange es noch dauere bis man das Angebot von Studiebus nutzen könne.

17 David (AStA-Vorsitzender, NAWI) erklärt, dass das Unternehmen bisher ein Vertrag hatte mit
18 Tankstellenbetreibern um dort die Busse abzustellen. Hier in der Nähe der RUB habe man jedoch wohl
19 keinen Vertragspartner.

20 Linus (Julis) fragt wie es mit dem W-LAN Ausbau aussehe.

21 David (AStA-Vorsitzender, NAWI) erklärt, dass 720 neue Accesspoints errichtet würden. Da liefen auch
22 noch weitere Anträge gegenüber dem Land. Man könne da aber auch noch nichts sagen. Man baue das
23 W-Lan nur auf Anfrage aus.

24 Madita (KLIB) fragt nach dem Campusfest an, ob es da schon Ideen gebe bezüglich Konzepten und
25 Bands.

26 David (AStA-Vorsitzender, NAWI) erklärt das bisher lockere Ideen gesammelt werden bezüglich des
27 Ablaufes. Dies laufe jedoch im Hintergrund, da man noch keine Bands o.ä. ansprechen könne.

28 Sebastian (GHG) regt an, dass der AStA die Vorschläge zur W-Lan Verbesserung zentral sammeln und
29 melden könne.

30 David (AStA-Vorsitzender, NAWI) nimmt das gerne mit.

31 Julia (FSVK) fragt ob man versichern könne dass die AStA-Protokolle der FSVK zeitnah zugehen.

32 Madita (KLIB) sagt es gab mal einen Nachtbus ab der RUB den man auf Anruf bei der BoGeStra
33 bestellen konnte. Sie fragt ob es dennoch gebe und wie das laufe.

34 Marius (NAWI) sagt es gebe da eine Linie zum Hbf. Am Do um etwa 2:30 Uhr.

- 1 Sebastian (GHG) fragt zur Nacht der Industriekultur.
- 2 David (AStA-Vorsitzender, NAWI) der AStA und die RUB seien da bisher nicht beteiligt.
- 3 Karsten (GHG) fragt zum unautorisierten RUB bekennt Farbe.
- 4 David (AStA-Vorsitzender, NAWI) sagt man habe da nichts Neues mehr gehört.
- 5 Madita (KLIB) erklärt, David habe gesagt, dass Protest auf der Blaupause nicht gestattet sei.
- 6 David (AStA-Vorsitzender, NAWI) sagt das komme darauf an wie das ablaufe. Er beziehe sich da auf das
7 Politikverbot.
- 8 Madita (KLIB) fragt was der AStA für angemessen halte für eine Arbeitsstunde auf der Blaupause zu
9 zahlen.
- 10 David (AStA-Vorsitzender, NAWI) sagt neun Euro sei der generelle Stundelohn des AStA für
11 Aushilfskräfte.
- 12 Sebastian (GHG) fragt nach einer anonymen Dokumentation bezüglich der geleisteten Arbeitsstunden
13 der AStA-Mitarbeiterinnen.
- 14 David (AStA-Vorsitzender, NAWI) erklärt, dass morgen eine Personalversammlung stattfinde.

15 **TOP 6: Bericht aus den Gremien**

16 **Gremienberatung:**

17 Leon (GHG, Gremienberatung) berichtet,

- 18 • dass Prorektor Prof. Dr. Löwenstein erklärt habe, dass zukünftig aus allen Programmitteln ein
19 Anteil für Overhead abgezogen werden müsse. Dies sei tatsächlich in einem Satz im Haushalt
20 aufgeführt. Der Prorektor habe es also geschafft das so kurz zu behandeln, dass es bis dahin zu
21 keinen Nachfragen kam. Diese Regelung mit konkreten Prozentangaben sei jedoch nirgendwo
22 geregelt. Seines Wissens haben die zuständigen Gremien keine Wirkliche Information
23 diesbezüglich.
- 24 • Weiterhin habe man die Senatsliste aufgestellt.
- 25 • Der Hochschulrat habe weiterhin Redebedarf bezüglich der neuen Verfassung angezeigt.

26 Viktoria (LiLi, Gremienberatung) erklärt,

- 27 • dass das Rektorat eine Musterprüfungsordnung geschrieben habe die jedoch von einigen
28 Fakultäten übernommen wurde ohne Rücksprache mit den Gremien.

29 **Anfragen:**

30 Simon (Jusos) fragt ob er es richtig verstanden habe dass das Rektorat nun in den Ersatzmitteln der
31 Studiengebühren grabbele um seine eigene Unfähigkeit auszugleichen.

32 Christian V. (NAWI) fragt ob er das mit dem Studienqualitätsverbesserungsgesetz vereinbar sei.

1 Leon (GHG, Gremienberatung) erklärt, dass man das zumindest für Problematisch halte und mit der
2 zQVK Vorsitzenden bereits beim Ministerium angefragt habe.

3 **Auf GO Antrag von Simon (Jusos) wird einstimmig beschlossen einen neuen TOP 12**
4 **Studienbeitragsersatzmittel gehören den Studierenden einzuführen.**

5 Auf Nachfrage von Linus (Jusos) erklärt Leon (GHG, Gremienberatung) dass das eigentlich nicht so
6 einfach möglich sei solche Ordnungen zu ändern. Auch Studienbeirat und Fakultätsrat müssten damit
7 befasst werden.

8 Pascal (FSVK) ergänzt, dass die Musterordnung absolut unverbindlich sei und eher den Charakter einer
9 Handreichung habe.

10 **FSVK:**

11 Julia (FSVK) berichtet aus der FSVK. Es gebe ein neuen Sprecherin Elena Weinekötter. Sie sei nun
12 tatkräftig mit dabei. Man befasse sich außerdem mit der angedachten Satzungsänderung.

13 **TOP 7: Bericht des AkaFö-Verwaltungsrates**

14 Simon (Jusos, AkaFö-Verwaltungsratsvorsitz) berichtet:

15 *Symposium Zukunft der Studierendenwerke, Gastgeber. Deutschkurse ins Landesspracheninstitut.*
16 *Lebensmittelprouben ohne Verunreinigung. Coca Cola nur noch Einweg, Alternativen? Strandbar könne gemietet*
17 *werden. Nicht alle Studierendenwerke erfüllen Quoten, Klage wird überlegt.*

18 **Anfragen:**

19 Sebastian (GHG) fragt an, ob das AkaFö seinen Müll trenne. Insbesondere den Biomüll.

20 Simon (Jusos, AkaFö-Verwaltungsratsvorsitz) erklärt, dass es dem AkaFö vor allem um Müllvermeidung
21 gehe. Er wisse das mit dem Biomüll jetzt nicht explizit, aber er sei sich sehr sicher, dass mit dem Müll
22 verantwortungsvoll umgegangen werde.

23 Sebastian (GHG) bittet darum das zu klären. Man gehe davon aus, dass 2/3 des Restmülls eigentlich
24 Biomüll sei und man könne hier für erfolgreiche Nachhaltigkeit sorgen.

25 Pascal (FSVK) fragt nach den Preisauszeichnungen in den Cafeterien. Es seien bisher nicht die einzelnen
26 Produkte ausgezeichnet.

27 Susi (NAWI, AkaFö-Verwaltungsratsmitglied) erklärt, dass Herr Zerria bereits erklärt habe das zu
28 beheben.

29 Madita (KLIB) erklärt dass die Kamera-Aufkleber an den Snack-Automaten weg seien und wolle wissen
30 ob das nur Fakes waren vorher, oder ob die Aufklebe nun fehlten und trotzdem überwacht werde.

1 TOP 8: Umbesetzung von Ausschüssen

2 Die Linke Liste benennt Felix Nickel und Giulia Feldhoff in den Wahlausschuss. Emel Aydogdu und
3 Rike Müller werden Vertreterinnen.

4 Die NAWI endsendet Mathias Brüggemann, Felix Schmidt in den Wahlausschuss. Justin Nigballa wird
5 hier Vertreter.

6 TOP 9: Antrag zur Durchführung einer Urabstimmung

7 Pascal (stellv. SP-Sprecher, Jusos) erklärt, dass aus formalen Gründen der Beschluss zur Durchführung
8 einer Urabstimmung in der kommenden Pfingstwoche erfolgen muss. Es könne dann entweder das
9 Parlament oder der Hauptausschuss tagen.

10 Das 48. Studierendenparlament beschließt:

11 *Vom 22. Juni 2015 an führt die Studierendenschaft der Ruhr-Universität Bochum unter ihren Mitgliedern eine*
12 *Urabstimmung durch.*

13 *Die Fragestellung lautet:*

14 *„Soll die Studierendenschaft auf Grundlage des aktuell vorliegenden Vertragsangebots erneut einen Vertrag zum*
15 *VRR- und NRW-Semester Ticket schließen?“*

16 *Der Wahlausschuss wird mit der Durchführung nach den Regelungen der Satzung und der Wahlordnung*
17 *beauftragt.*

18 Simon (Jusos) beantragt den Antrag in den Hauptausschuss zu verweisen. Die Verweisung wird bei
19 einer neun Stimme und zwei Enthaltungen beschlossen.

20 Mathias (GEWI) beantragt eine zehnminütige Fraktionspause.

21 Es erfolgt keine Gegenrede.

22 TOP 10: Antrag zur Schaffung einer Datenschutzstelle

23 ~~*Datenschutz ist ein Thema, das alle Studierenden der RUB betrifft.*~~ (Gestrichen durch den Antragssteller) Daher
24 wird der AstA beauftragt, eine Projektstelle im Umfang von 39 Stunden pro Woche, aufgeteilt auf mindestens 2
25 Studierende, zu schaffen, welche sich mit der Evaluierung der aktuellen Datenschutz-Situation, der Verbesserung
26 dieser und Vorträgen zum Thema Datenschutz befassen sollen.

27 *Begründung:*

28 *Die Evaluierung und Verbesserung der momentanen Datenschutz-Situation ist unserer Meinung nach zu*
29 *aufwendig, zeitintensiv und viel zu wichtig, als dass diese Aufgabe von einem ständig wechselnden Ausschuss der*
30 *Studierendenschaft wahrgenommen werden kann. Des Weiteren erscheint es uns durchaus sinnvoll, auf diesem*
31 *Wege weitere studentische Stellen hier an der Ruhr-Universität zu schaffen. Die Bewerber*innen auf diese Stelle*

1 *sollen über Kenntnisse im Bereich des Datenschutzes verfügen, insbesondere sollten Schulungen (bspw. die*
2 *Datenschutz Vorlesung hier an der RUB) zum Thema Datenschutz besucht worden sein. Zusätzlich soll*
3 *jährlich eine weitere Fortbildung im Bereich Datenschutz erfolgen. Im Grunde genommen sind wir uns einig,*
4 *dass dem Thema Datenschutz eine sehr hohe Priorität zugeordnet werden muss.*

5 David (AStA-Vorsitz, NAWI) erklärt, dass der Aufwand sehr hoch sei und im Verhältnis zum Nutzen zu
6 hoch sei. Es sei auch eine finanzielle Sache. Er sehe das auch eher als Projektstelle oder als befristete
7 Honorarstelle. Er werde sich gerne nochmal mit den Antragsstellenden auseinandersetzen um den
8 Antrag konsensfähig umzugestalten.

9 Madita (KLIB) erklärt der Antragsstellende sehen insbesondere anfangs eine sehr hohe Arbeitsbelastung.
10 Das sei nicht für immer so hoch einzustufen. Weiterhin sei es sinnvoll das auf zwei Leute aufzuteilen,
11 um einen fließenden Übergang bei einem Weggang zu haben und um nicht über die zulässige
12 Arbeitszeit zu kommen.

13 Simon (Jusos) fragt wie die Stelle eingruppiert werden solle.

14 Madita (KLIB) erklärt dass das dem üblichen SHK Tarif nach eingruppiert werden solle.

15 David (AStA-Vorsitz, NAWI) erklärt, dass man das nicht nach SHK sondern eher nach TVÖD oder nach
16 Honorar eingruppiieren müsse. Das sei sehr teuer. Man müsse sich da genauer einarbeiten und man
17 müsse sich Gedanken bezüglich der Befristung machen.

18 Simon (Jusos) fragt wen außer Michael Wolf von der Liste B.I.E.R. man für den zweiten Part im Auge
19 habe.

20 Leon (GHG) erklärt es gebe einen ganzen Studiengang dafür, das sei nicht auf einzelne Personen
21 gemünzt.

22 Rike (LiLi) erklärt, das sei ziemlich dreist. Es sei eine Frechheit sich selbst die Aufwandsentschädigung
23 hoch zu schrauben und dann hier zu suggerieren die Opposition schiebe sich hier Jobs zu.

24 Martin (NAWI) erklärt er könne sich den Aufwand noch nicht vorstellen und fragt nach konkreten
25 Aufgaben für diese Personen.

26 Madita (KLIB) erklärt es gebe einigen Momente in den Daten von der Studies erhoben werden. Es
27 betreffe alle Studies. Es würden eher viele Daten erfasst. Und man wolle klären welche Daten erhoben
28 würden und was damit passiere.

29 David (AStA-Vorsitz, NAWI) erklärt er wisse nicht ob die UV die nötigen Zugriffe erteile. Er komme hier
30 auf hohe Kosten. Er würde daher eine Projektstelle empfehlen. Der ganze Datenverkehr könne in dieser
31 Stelle evaluiert werden.

32 Martin (NAWI) erklärt er verstehe die Intention. Er verstehe nicht warum der AStA Leute bezahlen solle
33 für Dinge, die eigentlich Aufgabe der UV seien. Das sei albern und obliege dem
34 Datenschutzbeauftragten der RUB und seiner Abteilung.

35 David (AStA-Vorsitz, NAWI) erklärt, dass er auch bereit sei öffentliche Aktionen zu starten um den
36 Datenschutzbeauftragten zu erinnern, dass es die Studierenden gebe.

1 Rike (LiLi) erklärt, dass gewisse Anteile der Aufgabe nicht von der UV übernommen werden können und
2 dass man dafür Leute vom AStA bräuchte.

3 Leon (GHG) erklärt, dass es sehr offensichtliche Mängel bezüglich des Datenschutzes gebe und er halte
4 diese Projektstelle für daraus sinnvoll. Über den Umfang könne man reden.

5 Christian (NAWI) erklärt dass er das für schwachsinnig halte.

6 Jan (NAWI) erklärt, dass es mehrere Veranstaltungen zu der Thematik gab und es kamen insgesamt 7
7 Personen zu diesen mehreren Veranstaltungen. Dafür benötige man keine ganze Stelle.

8 Martin (NAWI) erklärt es gebe im AStA ein Referat was Veranstaltungen organisieren könne. Dafür
9 benötige man die Stelle nicht, um auf Missstände hinzuweisen

10 Simon (Jusos) beantragt:

11 *Das Studierendenparlament beauftragt den AStA bis zu nächste Sitzung des Parlaments zu evaluieren in
12 welchem Umfang eine Projektstelle im Interesse der Studierendenschaft als sinnvoll erachtet wird. Begründung
13 sei die laufende Debatte.*

14 Arne (SP-Sprecher, REWI) glaubt, dass eine festere Stelle die nicht an den Turnus des AStA gebunden
15 sei sehr sinnvoll sei. Er glaube weiterhin dass eine volle Stelle zu hoch gegriffen sei und würde
16 empfehlen da im Bereich der SHK zu bleiben. Auch im Bereich der Fakultäten gebe es hier größeres
17 Interesse. Häufig haben Betroffene überhaupt keine Ahnung was Datenschutz angehe und es gebe
18 dringenden Nachholbedarf. Er glaube auch nicht dass man in bereits bestehende Kompetenzen
19 eingreife. Eine Stelle des Studierendenschaft verändere nicht die Strukturen sondern nur die Denkweise.

20 David (AStA-Vorsitz, NAWI) sagt der AStA werde sich dahingehend beraten. Er habe eben seine
21 Meinung dargestellt und man werde da auf jeden Fall drüber reden.

22 Madita (KLIB) erklärt, dass man das hier aus einer Sicht der Studierenden betrachte. Sie denke nicht,
23 dass die UV in diesem Punkt explizit auf die Belange der Studierenden schaue. Auch deshalb sei es
24 angebracht dass es eine Person gebe die explizit aus sicher der Studierenden an dem Thema arbeite.

25 Viktoria (LiLi) erklärt, dass man über Art und Umfang der Stelle noch reden könne. Sie befürworte eine
26 strukturelle Kontinuität an der Stelle. Es könne ein Gewinn sein wenn die Studierendenschaft sich selbst
27 Kompetenzen verschaffe.

28 Madita (KLIB) beantragt eine Fraktionspause von zehn Minuten.

29 Es erfolgt keine Gegenrede.

30 Linus (Jusos) legt dar, dass er keine Kompetenzüberschneidung mit dem Datenschutzbeauftragten sehe.
31 Es handele sich vielmehr um einen Lobbyisten für die Studierenden)

32 Daniel (GEWI) legt dar, dass er die Aufgaben so nicht sehe.

33 Leon (GHG) erklärt, dass man nicht immer Einblick in kritische Systeme haben müsse um Verstöße
34 feststellen zu können.

1 Madita (KLIB) beantragt die Vertagung des Antrags. Sie glaubt, das sich einige Parlamentarierinnen
2 noch informieren müssen und sie habe das Gefühl man drehe sich im Kreis und es sein alle Argumente
3 ausgetauscht.

4 Es gibt keine Gegenrede.

5 Simons (Jusos) Antrag ist bei einer Nein-Stimme und zwei Enthaltungen bei großer Mehrheit
6 angenommen.

7 Simon (Jusos) erklärt:

8 Ich weise den Vorwurf der Dreistigkeit durch eine Parlamentarierin der Linken Liste zurück.

9 In einem Parlament, in dem überzeugte und langjährige Sozialdemokraten sich bezüglich ihrer Haltung
10 zu rechtspopulistischen Bewegungen gegen Suggestivfragen wehren müssen, erscheint mir meine
11 Einlassung der normalen Debattenkultur zu entsprechen.

12 **TOP 11: Ausgrenzende Gruppen auf dem Campus**

13 Arne (SP-Sprecher, REWI) legt erneut seine Rechtsauffassung da, dass der Antrag Aufgrund dem
14 Ausgrenzungsgrund der Zugehörigkeit einer politischen Gruppe, hier Verbindung, nicht zulässig sei.

15 Leon (GHG) verliest den GHG-Antrag:

16 *Das Studierendenparlament der Ruhr-Universität Bochum fordert den Ausschluss aller rassistischen,
17 sexistischen, homophoben, antisemitischen, behindertenfeindlichen, antifeministischen und sonstiger
18 menschenfeindlicher Gruppen von Veranstaltungen der Universität.*

19 *Weiterhin sollen studentische Verbindungen jeder Art von universitären Veranstaltungen ausgeschlossen werden.*

20 *Das Studierendenparlament lehnt nicht nur Burschenschaften, sondern alle Studentenverbindungen und Corps
21 entschieden ab. Dabei ist eine differenzierte Kritik wichtig. So gibt es bspw. schlagende und nicht-schlagende,
22 farbentragende und nicht-farbentragende Verbindungen. Jedoch eint alle Studentenverbindungen das
23 Lebensbundprinzip, das Festhalten an überkommenen Traditionen, die Ungleichbehandlung der Geschlechter
24 und Diskriminierung gesellschaftlicher Gruppen. Dazu kommt oft die fehlende klare Abgrenzung von
25 geschichtsrevisionistischen Meinungen und rechtem Gedankengut.“*

26 *Begründung:*

27 *Die Satzung der Studierendenschaft regelt in §2, dass niemand in der Studierendenschaft wegen seines
28 Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Staatsangehörigkeit, seiner Heimat und Herkunft, seiner Sprache und
29 Kommunikationsform, seiner sexuellen Identität, seiner Behinderung oder chronischen Erkrankung, seines
30 Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen oder seiner sozialen Situation benachteiligt werden.
31 Entsprechend ist der erste Teil formuliert.*

32 *Der zweite Teil enthält seine Begründung im Antragstext. Simon erklärt, dass er Verbindungen auch
33 grundsätzlich ausschließen wolle.*

34 Christian (NAWI) erklärt, dass ihm der Antrag eher zu weich sei.

1 Daniel (GEWI) fragt wer das entschieden und überwachen solle.

2 Leon (GHG) erklärt das solle genauso laufen wie bei allen Uni Veranstaltungen.

3 Simon (Jusos) erklärt dass das in offensichtlichen Fällen der Fall sein könne.

4 Viktoria (LiLi) sagt sie fände es gut, wenn man diese Organisationen von Veranstaltungen ausschließen
5 kann. Es gebe für die Studies trotzdem kein Problem sich zu informieren. Es sei kein Ausschluss von
6 Einzelpersonen. Es sei nicht nötig, dass solche Organisationen vom Angebot der Uni profitieren.

7 Mathias (GEWI) beantragt wörtliche Übernahme ins Protokoll, dass Leon (GHG) gesagt hat er höre aus
8 dem Zwischenruf „studentische Gelder für studentische Zwecke“ den Ausruf „deutsche Gelder für
9 Deutsche Zwecke“.

10 Arne (SP-Sprecher, REWI) erklärt, dass der Beschluss dazu führen würde, dass es kein Forum mehr
11 gebe, in dem diese Menschen sich verteidigen können. Man solle nicht grundsätzlich Menschen
12 aufgrund einer Vereinszugehörigkeit ausschließen.

13 Pascal (stellv. SP-Sprecher, Senator, Jusos) erläutert ausführlich, dass es ihm auch um das Bild der Uni
14 in der Öffentlichkeit gehe, das sei die Verpflichtung in der er sich als Senator auch sehe. Allerdings habe
15 die Uni sich den Leitlinien Menschlichkeit, Weltoffenheit und Internationalisierung und Leistungsstärke
16 verordnet. Nun lasse man zu, dass sich hier Organisationen präsentieren können, die genau das
17 Gegenteil verkörpern. Es sei für die Öffentlichkeit und insbesondere für Junge Menschen äußerst
18 abschreckend, wenn dort Organisationen vertreten seien die öffentlich diskutieren ob es den Holocaust
19 möglicherweise doch nicht gegeben habe und ob das Arierium nicht doch eine bessere
20 Gesellschaftsform sei. Er Sorge sich auch um den Ruf der Universität und das Bild der Öffentlichkeit
21 gegenüber der Universität. Allein schon aus diesem Gesichtspunkt ist es die Aufgabe der
22 Verantwortlichen dafür zu sorgen, dass die Universität möglichst wenig mit solchen schädlichen
23 Themen und solchen eigentlich Anti-Werten in Verbindung gebracht würden.

24 Viktoria (LiLi) bedankt sich sehr für den Beitrag von Pascal. Viktoria erklärt weiter, dass diese
25 Organisationen ohnehin immer eine Plattform haben können. Die gehen auf neue Studies zu, verkaufen
26 denen tolle Chancen und ziehen sie so hinein. Burschis sollten möglichst kein Forum bekommen. Auch
27 kein Forum auf Veranstaltungen. Sie plädiert dafür den Antrag zu unterstützen.

28 Matthias (GEWI) erklärt, er habe sich grundsätzlich aktiv und mehrfach gegen ein Mitgliedschaft
29 entschieden. Finde es jedoch schwierig das in der Kürze auseinander zu klamüsern und zu bewerten.

30 Daniel (GEWI) beantragt sofortigen Schluss der Debatte und wolle, dass man sich überparteilich
31 zusammensetzen um ein konsensfähiges Papier zu erarbeiten.

32 Patrick (GHG) redet inhaltlich dagegen und sagt das sei zu spät bis zur Blaupause. Man müsse heute
33 Farbe bekennen und denke dass man auch eine Mehrheit habe.

34 GO Antrag auf sofortigen Schluss der Debatte:

35 17 Nein,

36 4 Enthaltungen,

37 1 Ja.

1 Linus (Jusos) erklärt, dass der Großteil bereits von Pascal gesagt wurde. Ein Teil der auch in dem
2 unsäglichen :bzs Artikel aufgegriffen würde sei die Behauptung, dass nur eine Diskussion von schlecht
3 informierten Leuten geführt würde. Das Problem sei nicht dass man uninformatiert oder vorurteilbehaftet
4 sei, das Problem seien die Verbindungen. Man solle das an der Stelle nicht einreißen lassen.

5 Simon (Jusos) beantragt zehn Minuten Fraktionspause.

6 Es erfolgt keine Gegenrede.

7 Simon (Jusos) beantragt das sofortige Ende der Debatte.

8 Es gibt keine Gegenrede.

9 Leon (GHG) verliest den geänderten Antrag:

10 *Das Studierendenparlament der Ruhr-Universität Bochum fordert den Ausschluss aller rassistischen,*
11 *sexistischen, homophoben, antisemitischen, behindertenfeindlichen, antifeministischen und sonstiger*
12 *menschenfeindlicher Gruppen von Veranstaltungen der Universität.*

13 *Insbesondere Studentenverbindungen jeder Art soll auf universitären Veranstaltungen kein Forum geboten*
14 *werden.*

15 *Das Studierendenparlament lehnt Burschenschaften, Studentenverbindungen und Corps entschieden ab.*

16 Die SP Sprecher sieht den Antrag als zulässig an.

17 2 Nein

18 3 Enthaltungen

19 16 Ja

20

21 Christian G. (NAWI) erklärt: *das würde zu weit gehen. Recht Meinungsfreiheit.* EINFÜGEN

22

23 Arne (SP-Sprecher, REWI) erklärt:

24 Ich habe aus politischen und rechtlichen Gründen gegen den Beschluss gestimmt.

25 Aus politischer Sicht ist meines Erachtens nach ist die Ausgrenzung gleich welcher Personeneinheit
26 oder –mehrheit menschlich nicht tragbar. Wenn es unser erkorenes Ziel ist gegen Diskriminierung
27 vorzugehen, dann kann dies nicht durch das Mittel der Diskriminierung geschehen.

28 Als Vertreter der Studierendenschaft sollten wir vorbildlich voran gehen und versuchen den Dialog
29 zwischen Gruppierungen, die scheinbar keine Schnittmengen in ihren Ansichten zu haben scheinen,
30 herzustellen. Wenn wir ernsthaft für ins in Anspruch nehmen wollen eine Interessenvertretung zu sein,
31 die sich für Pluralität einsetzt, dann müssen wir auch hinnehmen, dass es Menschen gibt, die gegen sie
32 sind. Das macht eine tolerante Gesellschaft aus.

1 Toleranz gegenüber Intoleranz ist in meinen Augen kein Widerspruch. Denn mir steht es frei eine
2 intolerante Auffassung zu kritisieren und jeden Menschen, der eine solche hat aufzuklären und ihm klar
3 zu machen, dass es sich nicht gehört andere Menschen auszugrenzen.

4 Aber es steht mir nicht zu jemandem meine Auffassung aufzudrücken und ihm durch Repression klar
5 zu machen, dass seine Auffassung schlecht ist und im Umkehrschluss meine deshalb gut.

6 Eine Gesellschaft ist nun einmal keine, wenn sie anfängt Teile ihrer selbst auszugrenzen. Das
7 Argument: „Wie Du mir, so ich Dir“ ist schlicht zutiefst gegen die Freiheit und Gleichheit des
8 Individuums.

9 Aus rechtlichen Gründen stehen dem Beschluss sowohl § 2 der Satzung der Studierendenschaft, als auch
10 Art. 3 Grundgesetz entgegen.

11 Beide Rechtsnormen gewährleisten einen allgemeinen Gleichheitssatz.

12 Aus diesem Gleichheitssatz kann für die öffentliche Hand, die den Grundgesetzen verpflichtet ist, ein
13 Recht auf Gewähr der Teilhabe abgeleitet werden. Gewährleistet ist die unbedingte Gleichbehandlung in
14 Fragen des Zugangs zu Mitgliedschaft, Veranstaltung und Mitwirkung.

15 Die Studierendenschaft ist eine Teilkörperschaft der Gesamtkörperschaft Ruhr Universität. Sie ist somit
16 den gleichen Verpflichtungen unterworfen wie die Ruhr Universität selbst, welche eine Körperschaft des
17 öffentlichen Rechts ist und somit der Gewährleistung der Grundrechte aus dem Grundgesetz
18 verpflichtet ist.

19 Aus dieser Verpflichtung heraus sind wir als Studierendenparlament, das ein Organ der
20 Studierendenschaft ist, ebenfalls an diese Verpflichtungen gebunden.

21 Der Beschluss des Studierendenparlaments beschneidet dieses Recht auf Teilhabe.

22 Zwar ist der Beschluss selbst nur die Aufforderung an das Rektorat in der aufgeforderten Weise zu
23 verfahren, allerdings stellt dies schon eine unmittelbare (gesellschaftliche) Schlechterstellung der
24 benannten Gruppierungen dar und hat – so im Parlament beraten – auch die Wirkung, dass der
25 Allgemeine Studierendenausschuss sich in der Weise an den Beschluss gebunden fühlt, dass benannte
26 Gruppierungen nicht an Veranstaltungen der Studierendenschaft teilnehmen sollen, zur Folge.

27 Der Beschluss verletzt die benannten Gruppen in seinem Recht auf Teilhabe an öffentlichen
28 Veranstaltungen. Dies ist ohne akuten triftigen Grund rechtlich nicht haltbar. Weder ist im Vorfeld klar,
29 dass eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung besteht durch die Teilhabe der benannten
30 Gruppierungen. Noch ist darin eine bestimmte Meinung oder Auffassung zu haben eine so krasse
31 Verfehlung gleich welcher Art zu sehen, dass es gerechtfertigt erscheint eine Repression dieses
32 Ausmaßes auszusprechen. Es wurde weder im Vorfeld darüber nachgedacht wie sich diese
33 Gruppierungen auf den universitären Veranstaltungen präsentieren werden, noch was die Gruppierung
34 als solche überhaupt verbotswürdig macht.

35 Der Beschluss knüpft nicht an der Verbreitung von Meinungen auf den Veranstaltungen an, sondern
36 nur daran, dass diese Meinungen in den Personen, welche Mitglieder in den benannten Gruppierungen
37 sind, vorhanden sind.

1 Des Weiteren behandelt der Beschluss wesentlich Gleiches nicht gleich und wesentlich Ungleiches auch
2 nicht ungleich.

3 Es gibt neben den benannten Verbindungen viele Gruppierungen, die auf ähnliche, sogar in
4 drastischerer, Weise menschenverachtende Auffassungen haben und verbreiten. Trotzdem lehnt das
5 Studierendenparlament diese nicht entschieden ab. Es wird schlicht nicht differenziert betrachtet
6 sondern punktuell Greul gehegt.

7 Des Weiteren, werden alle Verbindungen gleich welcher Art in eine einheitliche menschenverachtende
8 Kategorie gesteckt. Der Beschluss differenziert nicht – und hat auch in der Vorversion nicht differenziert
9 – zwischen den einzelnen Verbindungen und den daraus resultierenden Folgen. Es ist nicht einmal
10 festgestellt was eine Verbindung ausmacht. Und wie die Gruppenauffassung festgestellt wird.

11 Der Beschluss besagt auch nicht, ab wann eine Gruppe als Gruppe auftritt.

12 Dürfen zwei Verbindungsmitglieder nicht gleichzeitig auf einer Veranstaltung der Universität sein?
13 Dürfen sie es auch dann nicht, wenn sie nicht erkennbar machen, dass sie dieser Verbindung
14 angehören? Dürfen sie es dann nicht, wenn sie gemeinsam mit anderen Nichtverbindungsangehörigen
15 auftreten?

16 Darf auch eine Verbindung dann nicht als Verbindung teilnehmen, wenn alle Menschen dieser
17 Verbindung auf der Veranstaltung selbst ihre Gruppenzugehörigkeit nicht öffentlich machen?

18 Der Beschluss ist in sich so wenig bestimmt und undifferenziert, dass er nicht erkennen lässt was das
19 Ziel und die Basis seiner Rechtfertigung ist.

20

21 David (NAWI) erklärt er habe sich bewusst enthalten, das Redeverbot solle nicht für politische Gremien
22 gelten. Da habe jeder Grundsätzliches Rederecht. Er trägt das ansonsten mit.

23 **TOP 12: Beschluss zur Konstituierung eines** 24 **Satzungsausschusses und Wahl der Mitglieder**

25 Das Parlament beschließt einstimmig die Konstituierung eines Satzungsausschusses.

26

27 Es werden benannt [Stellvertreterinnen]:

28 NAWI: Christian Volmering, Jan Heinrich, Arne Michels, [David Schmidt], [Martin Wilken], [Susanne
29 Schütz]

30 LiLi: Oswald Balandis, Viktoria Niebel, [Jennifer Gengner], [Emel Aydogdu]

31 Jusos: Simon Gutleben und [Felix Pascal Joswig]

32 GHG: Leon Schmitz und [Sebastian Pewny]

33 Bei zwei Enthaltungen wird die Benennung einstimmig angenommen.

1 Leon (GHG) erklärt die GHG fordert die Einführung des Ausschusses schon lange.

2

3 Als beratende Mitglieder werden entsandt:

4 KLIB: Madita Adolphs

5 GEWI: Mathias Brüggemann

6 Julis: Linus Stieldrof

7 REWI: David Semenowicz

8 B.I.E.R.: Auf Nachfrage niemand.

9 **TOP 13: Grundsatzdebatte Satzungsreform**

10 David (NAWI) beantragt die Vertagung in den Satzungsausschuss.

11 Simon redet dagegen und beantragt die Vertagung auf die nächste SP-Sitzung.

12 GO Antrag auf Vertagung in den Satzungsausschuss:

13 9 Nein,

14 4 Enthaltungen,

15 4 Ja

16 GO Antrag auf Vertagung auf die nächste Sitzung:

17 Augenscheinlich angenommen.

18 **TOP 14: Studierendenbeitragsmittel gehören den Studiereden**

19 Simon (Jusos) beantragt:

20 *Das Studierendenparlament fordert das Rektorat auf die Abführung von Overheadkosten aus jeglichen*
21 *Programmen zur Förderung der Lehre zu verzichten.*

22 Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

23 **TOP 15: Verschiedenes**

24 Es gibt keine Wortmeldungen.

25 Arne (SP-Sprecher, REWI) schließt die Sitzung um 20:47 Uhr.